

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBI. I S. 2253) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 22.06.1982 (Nds.GVB1. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.10.1986, (Nds.GV1. S. 323), hat der Rat der Gemeinde/Stadt ... LEHRE ..... diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

..... LEHRE ....., den ..18. JULI 1988....

..... GEZ. WINKLER ..... SIEGEL  
Bürgermeister

..... GEZ. GRASSHOFF .....  
Gemeinde-/Stadtdirektor

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..26.06.1986.... die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluß wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ..20.01.1988... ortsüblich bekanntgemacht.

.... LEHRE ....., den ..18.7.1988...

..... GEZ. GRASSHOFF ..... SIEGEL  
Stadt/Gemeindedirektor

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom ..2.6.1988...). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. Az. V<sub>3</sub> B 28/86

HELMSTEDT ....., den 21. JUNI 1988

..... GEZ. KAASE (VERM. DIREKTOR) ..... SIEGEL  
Katasteramt

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:

Dr.-Ing. W. Schwerdt  
Büro für Stadtplanung  
Bohlweg 1 Ruf 16061  
3300 Braunschweig

Braunschweig, den 22.6.88.

(DIPL.-ING.)

W. Schneider

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..10.12.1987.... dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ...20.01.1988... ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom ..05.02.1988... bis ..07.03.1988... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

.... LEHRE ....., den ....18.07.1988.

..... GEZ. GRASSHOFF ..... SIEGEL  
Stadt/Gemeindedirektor

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 2 Satz 1, 2. Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom ..... bis ..... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

....., den .....

..... Stadt/Gemeindedirektor

~~Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen.~~

~~Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde vom ..... bis zum ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.~~

~~....., den .....~~

~~..... Stadt/Gemeindedirektor~~

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ..16.06.1988... als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

.... LEHRE ....., den ..18.07.1988..

..... GEZ. GRASSHOFF ..... SIEGEL  
Stadt/Gemeindedirektor

Der Bebauungsplan ist ~~der/dem~~ LANDKREIS HELMSTEDT ... am\*) gem. § 11 BauGB angezeigt worden.

~~Die/der ... LANDKREIS HELMSTEDT hat am HEUTIGEN TAGE (Az.: 692-21-5401402-08) erklärt, daß sie/er unter Auflagen/mit Maßgaben - keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).~~

... HELMSTEDT., den ..11.10.1988..

..... SIEGEL .....  
Bezirksregierung/Landkreis HELMSTEDT  
DER OBERKREISDIREKTOR  
I.A.

GEZ. SCHLEGEL

Der Rat der Stadt/Gemeinde ist ~~den~~ am ..... (Az.: ..... ) genannten Auflagen/Maßgaben in seiner Sitzung am ..... beigetreten.

\*) 21.07.1988

~~Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben vom ..... bis ..... öffentlich ausgelegt.~~

~~Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekanntgemacht.~~

~~Wegen der Auflagen/Maßgaben hat die Stadt/Gemeinde zuvor eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt. Den Beteiligten wurde vom ..... bis ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.~~

~~....., den .....~~

~~..... Stadt/Gemeindedirektor~~

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am ..26.10.1988... im Amtsblatt HELMSTEDT..... bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am ..26.10.1988... in Kraft getreten.

.... LEHRE ....., den ..02.11.1988..

..... GEZ. GRASSHOFF ..... SIEGEL  
Stadt/Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1, Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

....., den .....

..... Stadt/Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

....., den .....

..... Stadt/Gemeindedirektor